

# In die Zukunft geblickt

Nicht die Integrations-, sondern die Familienpolitik ist das Problem

**Charlottenburg-Wilmersdorf.**

**Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist keine Frauenfrage, sondern eine Zukunftsfrage der Gesellschaft – so die Grundthese, mit der die frühere Bundesfamilienministerin Renate Schmidt bei den 15. Mittelstandsgesprächen des Bezirks auftrat.**

Weil dies in der Vergangenheit nicht erkannt worden war, hat eine Entwicklung eingesetzt, die erst über Generationen repariert werden kann: Alle Zuwanderungen eingerechnet, wird Deutschland 2040 nur noch 24 Milli-

onen Einwohner haben, wovon die Hälfte älter als 45 Jahre sein wird. Nur Berlin wird es nicht so hart treffen, konnte der Leiter des Referats Wirtschaftspolitik der IHK, Thomas Letz, die Teilnehmer beruhigen, denn Berlin ist das einzige Bundesland mit Bevölkerungszuwachs, in dem die Geburtenrate die Sterberate übersteigt.

Keiner der Teilnehmer vermutet jedoch, dass dies an einer vorbildlichen Unternehmenspolitik liegt, die es Familien ermöglicht, Kinderwunsch und berufliche Entwicklung zu vereinbaren. Dafür gibt es zu wenige

leuchtende Vorbilder wie die Auto-Elektrik G. I. Holtz & Co. KG, deren Geschäftsführerin Carola Zarth als Sonderpreisträgerin des Landespreises für Familie auf dem Podium saß. Sie debattierte dort neben der Geschäftsführerin der Ehrig GmbH, Kerstin Ehrig-Wettstaedt, die als junge Mutter in dritter Generation einen mittelständischen Familienbetrieb leitet.

Familien brauchen Zeit – für die eigenen Kinder, und dann für die Pflege der älteren Angehörigen. Diese Zeit kann nur aus dem Fonds der Arbeitszeit erbracht werden. „Das ist“, so führte Renate Schmidt aus, „eine Aufgabe

der Wirtschaft“. Die Politik kann mit einer guten Infrastruktur an Betreuungseinrichtungen und mit Geldleistungen beitragen.

Der Bezirk geht auf vielen Gebieten voran. Dennoch sind es gemessen an der Dimension der Probleme nur kleine Schritte. So nehmen an dem „Equal-Pay-Day“, dem 15. April, an dem mit Rabatten symbolisch die statistische Unterbezahlung von Frauen ausgeglichen werden soll, 32 Unternehmen teil. Wirtschaftsstadtrat Marc Schulte (SPD) rief die Unternehmer auf, eine Frauenquote für ihre Führungsetagen einzuführen. **FW**